

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen
(19. Ausschuß)

über den Entschließungsantrag der Fraktionen der
CDU/CSU, DP, SPD zur dritten Beratung des Entwurfs
eines Gesetzes zur Neuordnung von Steuern
- Umdruck 261, Drucksachen 481, 961, 991 -

Berichterstatter:
Abgeordneter Krammig

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,
angesichts des Fortfalls des § 7 d Abs. 2 ESTG und der Ertrag-
steuerfreiheit der Schiffspfandbriefe andere geeignete Maßnahmen
zur Finanzierung der deutschen See- und Binnenschifffahrt zu treffen,
die der Wettbewerbslage der deutschen Schifffahrt Rechnung tragen.
Als solche Maßnahmen werden empfohlen:

1. Für die Seeschifffahrt
 - a) Wiederaufbaudarlehen des Bundes aufgrund und zu den Bedingungen des Gesetzes vom 27. September 1950 möglichst in Höhe des letztjährigen Haushaltsansatzes;
 - b) ERP-Kredite in Höhe des Ansatzes des letzten Wirtschaftsjahres (50 Mio DM);
 - c) Zinsverbilligungsmaßnahmen des Bundes in Höhe von möglichst 7 Mio DM;
 - d) Übernahme von Bundesbürgschaften.
2. Für die Erneuerung der Küstenflotte wie im letzten Wirtschaftsjahr 5 Mio DM ERP-Kredite.
3. Für förderungswürdige Neubauvorhaben der Fischerei
 - a) ERP-Kredite wie im letzten Wirtschaftsjahr (4 Mio DM für Erneuerungsprogramm der Loggerfischerei und 1 Mio DM für Erneuerungsprogramm der Kutterfischerei);

- b) ERP-Kredite für den Bau von Fabrikschiffen;
 - c) Zinsverbilligungsmaßnahmen für den jährlichen Erneuerungsbedarf der Hochseefischerei;
 - d) Bundesbürgschaften.
4. Für die Modernisierung der Binnenschiffahrtfahrzeuge
- a) ERP-Kredite;
 - b) Bundesbürgschaften.

Bonn, den 3. Dezember 1954

Der Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen

Dr. Wellhausen

Vorsitzender

Krammig

Berichterstatter